

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Januar 1999**

Verzeichnis der Fragenden

Abgeordnete	Nummer der Frage	Abgeordnete	Nummer der Frage
Dr. Bartels, Hans-Peter (SPD)	62, 63	Dr. Mayer, Martin (Siegersbrunn) (CDU/CSU)	21
Dr. Bergmann-Pohl, Sabine (CDU/CSU)	73, 74	Meckelburg, Wolfgang (CDU/CSU)	38, 54
Dr. Böhmer, Maria (CDU/CSU)	57, 58	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	39, 40
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	43, 82	Nolting, Günther Friedrich (F.D.P.)	59, 60
Breuer, Paul (CDU/CSU)	66, 67	Ostrowski, Christine (PDS)	41, 47
Diemers, Renate (CDU/CSU)	55, 56	Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.)	1, 80
van Essen, Jörg (F.D.P.)	26, 27	Parr, Detlef (F.D.P.)	18, 31
Flach, Ulrike (F.D.P.)	2, 34	Pieper, Cornelia (F.D.P.)	6, 15
Funke, Rainer (F.D.P.)	29, 30	Dr. Ramsauer, Peter (CDU/CSU)	19, 20
Dr. Gehb, Jürgen (CDU/CSU)	4, 5	Röttgen, Norbert (CDU/CSU)	77, 85
Geis, Norbert (CDU/CSU)	24, 25	Dr. Rose, Klaus (CDU/CSU)	68, 69
Haupt, Klaus (F.D.P.)	81	Schmidt, Andreas (Mülheim) (CDU/CSU)	22, 23
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	86, 87	Dr. Schmidt-Jortzig, Edzard (F.D.P.)	7, 17
Helias, Siegfried (CDU/CSU)	83, 84	Seidenthal, Bodo (SPD)	44, 45
Hinsken, Ernst (CDU/CSU)	13	Dr. Solms, Hermann Otto (F.D.P.)	16, 35
Hirche, Walter (F.D.P.)	3, 28	Dr. Stadler, Max (F.D.P.)	8, 9
Hüppe, Hubert (CDU/CSU)	75, 76	Störr-Ritter, Dorothea (CDU/CSU)	48, 49
Kauder, Volker (CDU/CSU)	64, 65	Strobl, Thomas (CDU/CSU)	52, 53
von Klaeden, Eckart (CDU/CSU)	36, 37	Voßhoff, Andrea (CDU/CSU)	61
Kopp, Gudrun (F.D.P.)	46	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	78, 79
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	71, 72	Dr. Westerwelle, Guido (F.D.P.)	32, 33
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	11, 12	Zeitlmann, Wolfgang (CDU/CSU)	14
Dr. Krogmann, Martina (CDU/CSU)	50, 51	Zierer, Benno (CDU/CSU)	10, 42
Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (F.D.P.)	70		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	3
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	17

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers
und des Bundeskanzleramtes**

- | | |
|---|---|
| 1. Abgeordneter
Hans-Joachim
Otto
(Frankfurt)
(F.D.P.) | Trifft es zu, daß der Bundesbeauftragte für Medien und Kultur plant, einige der am 8. September 1988 berufenen Mitglieder für die RIAS Berlin-Kommission, deren Amtszeit bis zum 26. Oktober 2001 geht, vorzeitig abzubrufen? |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

- | | |
|---|---|
| 2. Abgeordnete
Ulrike
Flach
(F.D.P.) | Kann die Bundesregierung die Angaben des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) über die deutliche Steigerung des Anteils der kranken Waldbäume (z. B. bei Fichten 64% geschädigt gegenüber 53% im Vorjahr) bestätigen, und welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zur Verbesserung des Waldzustandes zu ergreifen? |
|---|---|

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

- | | |
|---|---|
| 3. Abgeordneter
Walter
Hirche
(F.D.P.) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Betriebsratsvorsitzenden des Kernkraftwerks Stade, daß das KKW Stade „sicher und betriebswirtschaftlich erfolgreich“ arbeitet und sich „jederzeit mit modernen Anlagen vergleichen“ kann, und hält die Bundesregierung seine Bewertung des angestrebten Ausstiegs aus der Atomenergie als „Arbeitsplatzvernichtung“ für nachvollziehbar? |
|---|---|

4. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)
- Wie schätzt die Bundesregierung die Dauer der behördlichen Genehmigungsverfahren für und der sich regelmäßig anschließenden verwaltungsgerichtlichen Streitverfahren gegen die Errichtung und den Betrieb von Zwischenlagern für abgebrannte Brennelemente am jeweiligen Standort deutscher Kernkraftwerke ein?
5. Abgeordneter
Dr. Jürgen Gehb
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr, und nimmt sie diese billigend in Kauf, daß nach einem Ausstieg aus der Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente im Ausland die beabsichtigte Zwischenlagerung des „Atommülls“ am Standort der jeweiligen deutschen Kernkraftwerke durch die zu erwartende Dauer der behördlichen Genehmigungsverfahren und der sich regelmäßig anschließenden verwaltungsgerichtlichen Streitverfahren faktisch verhindert und damit der vorzeitige Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie herbeigeführt wird?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

6. Abgeordnete
Cornelia Pieper
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkung der Nichtauslieferung von Abdullah Öcalan auf die demokratischen Kräfte innerhalb der Kurden?
7. Abgeordneter
Dr. Edzard Schmidt-Jortzig
(F.D.P.)
- Welche Fortschritte sind bei dem von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, angekündigten Unterfangen erreicht worden, Abdullah Öcalan vor ein internationales Gericht zu stellen, oder sind die Überlegungen hierzu aufgrund der Ausreise von Abdullah Öcalan aus Italien eingestellt worden?
8. Abgeordneter
Dr. Max Stadler
(F.D.P.)
- Hat die Bundesregierung nähere Erkenntnisse, um welchen Verdachtssachverhalt es sich bei dem von Staatsminister Günter Verheugen am 20. Januar 1999 im Fernsehsender Phoenix angedeuteten EU-Korruptionsfall unter angeblicher Beteiligung einer deutscher Landesregierung handelt?

9. Abgeordneter
**Dr. Max
Stadler**
(F.D.P.)

Auf welche Landesregierung hat sich die Äußerung von Herrn Staatsminister Günter Verheugen bezogen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

10. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)

Sollte nach Auffassung der Bundesregierung die doppelte Staatsbürgerschaft nicht weiterhin nur in Ausnahmefällen gewährt werden angesichts von Bekundungen zahlreicher einbürgerungswilliger Ausländer, die deutsche Staatsangehörigkeit als zweite Staatsbürgerschaft vor allem wegen praktischer Vorteile – z. B. wegen der dann gegebenen visumfreien Reisemöglichkeiten in Europa – und nicht aus innerer Bindung an die deutsche Kultur, Geschichte und Werteordnung anzustreben, und teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß sich die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an Menschen, die sich innerlich nicht an Deutschland binden wollen oder können, mit der nationalen Selbstachtung der Deutschen nicht vereinbaren ließe?

11. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Wie wird gemäß der Ankündigung des Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen (laut Westdeutsche Allgemeine vom 16. Januar 1999) die Zahl der in die Bundesrepublik Deutschland kommenden Aussiedler begrenzt, und wie begründet sich dessen Vorwurf, die vorherige Bundesregierung habe „unbegrenzt neue Aussiedler“ ins Land gelassen?

12. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Verfügt die Bundesregierung über Daten, die über die amtliche Repräsentativstatistik (Mikrozensus) für das Jahr 1997 hinausgehen, über die Zahl und herkunftsmäßige Zusammensetzung von in Deutschland lebenden deutschen Staatsangehörigen, die eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, und wenn ja, über welche?

-
- | | |
|---|--|
| 13. Abgeordneter
Ernst
Hinsken
(CDU/CSU) | Was will die Bundesregierung dagegen tun, den verstärkt steigenden Wechsel von illegal in die Bundesrepublik Deutschland Einreisenden an der deutsch-tschechischen Grenze einzudämmen? |
| 14. Abgeordneter
Wolfgang
Zeitlmann
(CDU/CSU) | Ist die Äußerung des Bundesministers des Innern, Otto Schily, in dem von der Bild-Zeitung am 21. Januar 1999 veröffentlichten Interview: „Ich biete an, daß wir mit zwei Dritteln Mehrheit im Bundestag die Verfassung ändern und das Instrument des Volksentscheides einführen. Dann können wir ja die Bevölkerung abstimmen lassen.“ so zu verstehen, daß die Bundesregierung bereit ist, das parlamentarische Verfahren zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts ruhen zu lassen bis ein parlamentarisches Verfahren über die Einführung eines Volksentscheides abgeschlossen ist? |
| 15. Abgeordnete
Cornelia
Pieper
(F.D.P.) | Wie viele Kurden halten sich in der Bundesrepublik Deutschland gegenwärtig auf? |
| 16. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto
Solms
(F.D.P.) | Wie viele Kurden schätzt die Bundesregierung als militant ein? |
| 17. Abgeordneter
Dr. Edzard
Schmidt-Jortzig
(F.D.P.) | Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngsten Äußerungen Abdullah Öcalans im Hinblick auf mögliche gewalttätige Aktionen der PKK im Ausland sowie insbesondere in der Bundesrepublik Deutschland und gegen sonstige deutsche Einrichtungen, vor allem durch die Empfehlung Abdullah Öcalans an die PKK, den bewaffneten Kampf wieder aufzunehmen? |
| 18. Abgeordneter
Detlef
Parr
(F.D.P.) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des Bundesministers des Innern, Otto Schily, wonach die Auslieferung Abdullah Öcalans an die Bundesrepublik Deutschland den „Rechtsfrieden“ gefährdet hätte? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

19. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Billigt die Bundesregierung das Inkasso der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte (GEMA), insbesondere der Bezirksdirektion München, für Musik anlässlich von Hochzeitsfeiern, und wenn nicht, was gedenkt sie dagegen zu unternehmen?
20. Abgeordneter
Dr. Peter Ramsauer
(CDU/CSU)
- Auf welcher Rechtsgrundlage kann die GEMA in Deutschland Gebühren für derartige Veranstaltungen erheben, gerade auch vor dem Hintergrund der grundlegenden Entscheidung des Obersten Gerichtshofes Österreichs vom 27. Januar 1998 – 4 Ob 347/97 a – zu Musikaufführungen bei Hochzeiten?
21. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Welche Regelungen hinsichtlich des sogenannten elektronischen Pressespiegels strebt die Bundesregierung im Rahmen der vorgesehenen Novellierung des Urheberrechtsgesetzes an?
22. Abgeordneter
Andreas Schmidt
(Mülheim)
(CDU/CSU)
- In welcher Weise und wann war die Bundesregierung mit der angestrebten Auslieferung des im September 1998 in Frankreich gefaßten, in den Medien als Exterrorist bezeichneten Hans-Joachim Klein befaßt?
23. Abgeordneter
Andreas Schmidt
(Mülheim)
(CDU/CSU)
- Weshalb ist Hans-Joachim Klein bisher nicht nach Deutschland ausgeliefert worden, obwohl seine Festnahme über vier Monate zurückliegt?
24. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung ein Interesse an einer schnellen Auslieferung von Hans-Joachim Klein nach Deutschland?
25. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- Erwartet die Bundesregierung von der Vernehmung von Hans-Joachim Klein nach seiner Auslieferung nach Deutschland eine Aufklärung des Mordes an dem hessischen Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry?

-
- | | |
|--|---|
| 26. Abgeordneter
Jörg
van Essen
(F.D.P.) | Welche Begründung gibt es dafür, daß die Bundesrepublik Deutschland auf Konsultationen mit den Mitgliedstaaten des VN-Sicherheitsrates verzichtet hat, die über ein Ad-hoc-Tribunal im Falle von Abdullah Öcalan hätten entscheiden können? |
| 27. Abgeordneter
Jörg
van Essen
(F.D.P.) | Welche gegenwärtigen Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um doch noch eine rechtsstaatliche strafrechtliche Verfolgung der gegen Abdullah Öcalan erhobenen Vorwürfe zu erreichen? |
| 28. Abgeordneter
Walter
Hirche
(F.D.P.) | Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß der internationale Haftbefehl gegen den PKK-Führer Abdullah Öcalan aufrechterhalten bleiben soll? |
| 29. Abgeordneter
Rainer
Funke
(F.D.P.) | Trifft es zu, daß die Bundesregierung auf ein Auslieferungsersuchen gegenüber Italien verzichtet hat, weil der PKK-Führer Abdullah Öcalan in keinem Falle einer Strafverfolgung entgehen werde? |
| 30. Abgeordneter
Rainer
Funke
(F.D.P.) | Sieht die Bundesregierung weiterhin die Voraussetzung für einen internationalen Haftbefehl gegen Abdullah Öcalan als gegeben an? |
| 31. Abgeordneter
Detlef
Parr
(F.D.P.) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen, die die Ausreise des PKK-Führers Abdullah Öcalan aus Italien auf das Rechtsbewußtsein der deutschen Bevölkerung hat? |
| 32. Abgeordneter
Dr. Guido
Westerwelle
(F.D.P.) | Seit wann ist die Bundesregierung darüber informiert, daß Abdullah Öcalan Italien verlassen würde bzw. verlassen hat? |
| 33. Abgeordneter
Dr. Guido
Westerwelle
(F.D.P.) | Werden Abdullah Öcalan auch in anderen europäischen Ländern Morde oder andere schwere Straftaten vorgeworfen, ohne daß diese Länder PKK-Chef Abdullah Öcalan international zur Festnahme ausgeschrieben hätten? |

- | | |
|--|--|
| 34. Abgeordnete
Ulrike
Flach
(F.D.P.) | Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den gegenwärtigen Aufenthaltsort von PKK-Führer Abdullah Öcalan? |
| 35. Abgeordneter
Dr. Hermann Otto
Solms
(F.D.P.) | Existieren weitere internationale Haftbefehle – auch dritter Länder – gegen die Mitglieder der PKK? |
| 36. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU) | Bis wann wird nach der Planung der Bundesregierung das Gesetzgebungsverfahren zu der von der Bundesministerin der Justiz auf der Justizministerkonferenz am 5. November 1998 erfolgten Ankündigung, durch die unverzügliche Änderung der bisher entgegenstehenden Vorschriften des Gesetzes über das Bundeszentralregister für die alsbaldige Übermittlung der für die Erfassung verurteilter Schwerstkrimineller erforderlichen Daten für den Aufbau der Gen-Datei beim Bundeskriminalamt zu sorgen, abgeschlossen sein, d. h. bis wann sollen neben Wissenschaftlern auch Landespolizeien bzw. Staatsanwaltschaften beim Bundeszentralregister einen Suchlauf beantragen können? |
| 37. Abgeordneter
Eckart
von Klaeden
(CDU/CSU) | Wie viele Einzelanfragen insgesamt müßten schätzungsweise von den Landespolizeibehörden bzw. Staatsanwaltschaften beim Bundeszentralregister zur Erfassung der sog. „Altfälle“ zum Aufbau der DNA-Analyse-Datei gestellt werden, um abzuklären, ob im Zusammenhang mit Straftaten von erheblicher Bedeutung die Möglichkeit und Notwendigkeit einer molekulargenetischen Untersuchung besteht, wenn der Suchlauf im Bundeszentralregister nicht möglich wird? |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

- | | |
|--|---|
| 38. Abgeordneter
Wolfgang
Meckelburg
(CDU/CSU) | Bezieht sich die Berechnung der finanziellen Auswirkungen der geplanten Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse hinsichtlich der Steuermindereinnahmen auf die Fallzahl von 2,5 Millionen Personen mit geringfügiger Beschäftigung oder 5,63 Millionen geringfügig Beschäftigte? |
|--|---|

39. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Ist die E U-Kommission in Kenntnis gesetzt worden, daß der neue Gesetzentwurf zur ökologischen Steuerreform ebenfalls eine wettbewerbsverzerrende Subvention dahin gehend enthält, indem Produzierende Betriebe, die auch gleichzeitig Handelsfilialen unterhalten, gegenüber ihren Wettbewerbern, die nur Handel betreiben, subventioniert werden, und ist dies nicht ebenfalls ein Verstoß gegen den E U-Vertrag?
40. Abgeordneter
**Hans
Michelbach**
(CDU/CSU)
- Wie will die Bundesregierung vor dem Hintergrund einer breiten Steuererhöhungsdebatte, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Entlastung von Familien mit Kindern begonnen hat, die Finanzierung der Steuerausfälle bis zu 35 Mrd. DM ausgleichen, und sind vielleicht Steuererhöhungen bis zum Jahre 2002 geplant?
41. Abgeordnete
**Christine
Ostrowski**
(PDS)
- Welchen Standpunkt bezieht die Bundesregierung bezüglich des Vorschlages einer befristeten Befreiung der neuen Bundesländer von der geplanten Steuererhöhung auf Elektroenergie, angesichts der Tatsache, daß der CO₂-Rückgang von 1990 bis 1995 in Deutschland ausschließlich auf die Senkung in Ostdeutschland zurückzuführen ist, während er in Westdeutschland absolut anstieg, und der Anteil fernwärmerversorgter Wohnungen in Ostdeutschland um das Dreifache höher liegt als in Westdeutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

42. Abgeordneter
**Benno
Zierer**
(CDU/CSU)
- Wann ist nach Einschätzung der Bundesregierung mit der Verabschiedung der Post-Universaldienstleistungsverordnung zu rechnen, die notwendige Grundlage einer Entscheidung über die bei der Beschlußkammer der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post anhängigen Anträge auf Verpflichtung der Deutschen Post A G zur Errichtung einer Postfiliale oder Postagentur ist?

43. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)**
- Wie beurteilt die Bundesregierung die kurz-, mittel- und langfristigen arbeitsmarkt-, sozial- und wettbewerbspolitischen Entwicklungen der deutschen Werftindustrie, insbesondere vor dem Hintergrund der Abwertung des Koreanischen Won und der Unterstützung der asiatischen Werften durch den Internationalen Währungsfonds, die zu Wettbewerbsverzerrungen durch relative Kostenvorteile zugunsten der koreanischen Anbieter geführt haben dürften, bzw. welche Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung zu ergreifen, um auf europäischer wie nationaler Ebene derartige mögliche wettbewerbspolitischen Verzerrungen zu Lasten der deutschen Werftindustrie zu kompensieren bzw. bei negativen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sozialpolitisch abzufedern oder in Zukunft zu vermeiden?
44. Abgeordneter
**Bodo
Seidenthal
(SPD)**
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die EU-Richtlinie 95/16/EG in nationales Recht umgesetzt wurde, aber die daraus für Industrie und Überwachungsinstitutionen harmonisierte Norm EN81 – im Gegensatz zu anderen EU-Staaten – noch nicht veröffentlicht ist, und welche Gründe sind aus Sicht der Bundesregierung dafür maßgebend?
45. Abgeordneter
**Bodo
Seidenthal
(SPD)**
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es bei der Publikation von Normen zu Verzögerungen kommt, weil es hierfür nur einen gewerblichen Anbieter gibt, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die zeitnahe Veröffentlichung von Normen für die Industrie sicherzustellen?
46. Abgeordnete
**Gudrun
Kopp
(F.D.P.)**
- Unterstützt die Bundesregierung Forderungen an die Länder, die gemeindewirtschaftsrechtlichen Bestimmungen mit dem Ziel zu ändern, daß öffentliche Energieversorgungsunternehmen, die von den Gemeinden in unterschiedlichen Rechtsformen betrieben werden, auch außerhalb des Gemeindegebietes ansässige Kunden mit Strom, Gas oder anderen Energiearten beliefern zu können, und welchen eigenen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung in dieser Frage gegebenenfalls?

- | | |
|--|--|
| 47. Abgeordnete
Christine
Ostrowski
(PDS) | Wann wird das durch die Bundesregierung im Dezember 1998 angekündigte 100 000-Solar-Dächer-Programm gestartet, und wie hoch sind die Mittel, die dafür in den Bundeshaushalt eingestellt werden? |
|--|--|

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

- | | |
|--|--|
| 48. Abgeordnete
Dorothea
Störr-Ritter
(CDU/CSU) | Wie stellt sich die Bundesregierung zu den Vorwürfen des Deutschen Juristinnenbundes, „einer der ersten nach Beginn der EU-Präsidentschaft vorgelegten Gesetzentwürfe (gemeint ist die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse) sei nicht nur ein frauenpolitisches Ärgernis, sondern würde auch in eklatanter Weise das europäische Gemeinschaftsrecht verletzen“? |
| 49. Abgeordnete
Dorothea
Störr-Ritter
(CDU/CSU) | Wie erklärt sich die Bundesregierung, daß die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium der Finanzen, Dr. Barbara Hendricks, ausweislich der Drucksache 14/244 (Antwort auf Frage 38) bei der Steuerausfallberechnung 2,5 Millionen Personen mit geringfügiger Beschäftigung zugrunde legt, jedoch bei der Begründung im Gesetzentwurf der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse von 5,63 Millionen Beschäftigten mit diesen Arbeitsverhältnissen ausgegangen wird? |
| 50. Abgeordnete
Dr. Martina
Krogmann
(CDU/CSU) | Wie hoch wird nach Schätzung der Bundesregierung die Zunahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten (getrennt nach Ost und West) nach der Anhebung der Gerinfüfigkeitsgrenze von 620 DM auf 630 DM in den alten Bundesländern und von 530 DM auf 630 DM in den neuen Bundesländern ausfallen? |

- | | |
|---|--|
| 51. Abgeordnete
Dr. Martina
Krogmann
(CDU/CSU) | Inwieweit läßt sich diese abzusehende Ausweitung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse durch die Angleichung der Geringfügigkeitsgrenze mit dem Ziel der Eindämmung dieser Beschäftigungsverhältnisse vereinbaren? |
| 52. Abgeordneter
Thomas
Strobl
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), die geplante Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse verfehle das Ziel, die geringfügige Beschäftigung einzuschränken? |
| 53. Abgeordneter
Thomas
Strobl
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die Kritik der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), die Steuerfreiheit der 630-Mark-Verträge verstoße gegen den Grundsatz der Gleichbehandlung von Einkommen und es sei verfassungsmäßig bedenklich, daß künftig für geringfügige Beschäftigten Beiträge zur Sozialversicherung für die Arbeitnehmer nicht grundsätzlich zum Anspruch auf Leistungen führen? |
| 54. Abgeordneter
Wolfgang
Meckelburg
(CDU/CSU) | Welche Auswirkungen erwartet die Bundesregierung auf die Statistik der Beschäftigtenzahlen und die Arbeitslosenquote durch die Einbeziehung geringfügig Beschäftigter in die Sozialversicherung? |
| 55. Abgeordnete
Renate
Diemers
(CDU/CSU) | Wie kommt die Bundesregierung zu der Auffassung, daß die soziale Sicherung der Frauen verbessert wird, wenn 10% Krankenversicherungsbeiträge und 12% Rentenbeiträge des Arbeitgebers keinen Leistungsanspruch nach sich ziehen, weder eine Rentenanwartschaft erworben wird noch ein Schutz im Falle der Invalidität besteht und der wichtige Bereich der Arbeitslosenversicherung keine Beachtung findet? |
| 56. Abgeordnete
Renate
Diemers
(CDU/CSU) | Inwieweit teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß bei einer eingefrorenen 1/7-Lösung, in der keine regelmäßigen Anpassungen an das allgemeine Niveau erfolgen, die „630-DM-Beschäftigten“ zukünftig von Jahr zu Jahr immer mehr „unter Tarif“ arbeiten werden, und nicht gerade dadurch für die Arbeitgeber ein zusätzlicher Anreiz geschaffen wird, weiterhin Normalverträge in 630-DM-Jobs umzuwandeln? |

57. Abgeordnete
**Dr. Maria
Böhmer**
(CDU/CSU)
- Inwiefern hat die Bundesregierung der besonderen Situation der Beschäftigten in privaten Haushalten bei dem Gesetzentwurf für eine Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse Rechnung getragen, und welche Vorteile für die soziale Absicherung der Betroffenen ergeben sich daraus?
58. Abgeordnete
**Dr. Maria
Böhmer**
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um ein weiteres Abgleiten der Beschäftigung im privaten Haushalt in die Schwarzarbeit zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

59. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(F.D.P.)
- Sieht die Bundesregierung den weiter bestehenden Ausschluß – abgesehen von Sanitäts- und Musikdienst – von Frauen aus allen Bereichen der Streitkräfte, die damit verbundene Beeinträchtigung der Berufschancen sowie die Luftbahnnachteile von bereits im Dienst befindlichen weiblichen Soldaten als konform mit der Verpflichtung nach Artikel 3 Abs. 2 Satz 2 GG an, wonach der Staat die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern zu fördern und auf die Beseitigung bestehender Nachteile hinzuwirken hat?
60. Abgeordneter
**Günther Friedrich
Nolting**
(F.D.P.)
- In welchem Umfang haben die NATO-Partner nach Kenntnis der Bundesregierung ihre Streitkräfte für den freiwilligen Dienst weiblicher Soldaten geöffnet?
61. Abgeordnete
**Andrea
Voßhoff**
(CDU/CSU)
- Wie steht der Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, heute zu seiner im Jahre 1994 als Kanzlerkandidat der SPD im Wahlkampf getätigten Aussage, daß der Bundeswehrübungsplatz Wittstocker Heide, der nach Bundeswehrplanung als Luft-Boden-Schießplatz genutzt werden soll, unter einer SPD-Regierung geschlossen und die militärische Nutzung aufgegeben werden würde?

62. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Bartels**
(SPD)
- An wie vielen Trauerfeierlichkeiten nach der Zentralen Dienstvorschrift (ZDv) 10/8, nach der bei Todesfällen ehemaliger Soldaten der Wehrmacht eine militärische Ehrerweisung durch die Bundeswehr erfolgen kann – insbesondere dann, wenn der Verstorbene Inhaber/Träger von Tapferkeitsauszeichnungen des Zweiten Weltkrieges vom „Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes“ an aufwärts war –, hat sich die Bundeswehr 1998 mit Totenwache, Kranz, Bundesdienstflagge, Ordenskissenträger, Trommler oder Trompeter beteiligt?
63. Abgeordneter
**Dr. Hans-Peter
Bartels**
(SPD)
- Beabsichtigt der Bundesminister der Verteidigung, die ZDv 10/8 in diesem Punkt zu ändern?
64. Abgeordneter
**Volker
Kauder**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die beschränkte Ausschreibung von zulassungspflichtigen Zuführerunterteilen für das Maschinengewehr MG 3 vom 25. September 1998 vom Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung zurückgezogen wurde und jetzt freihändig im Wettbewerb ausgeschrieben wird mit der Absicht, den Auftrag einem pakistanischen Hersteller, der die Zuführerunterteile billiger als deutsche Hersteller anbieten kann, zu erteilen?
65. Abgeordneter
**Volker
Kauder**
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, bei Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr vermehrt Lieferungen auch aus jenen Ländern zu beziehen, in die nach den Rüstungsexportgesetzen deutsche wehrtechnische Betriebe ihre Produkte nicht liefern dürfen?
66. Abgeordneter
**Paul
Breuer**
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, daß im Bundesministerium der Verteidigung/Führungsstab der Streitkräfte zum gegenwärtigen Zeitpunkt „Leitlinien für die Weiterentwicklung der Streitkräfte“ erarbeitet werden, und falls ja, was ist der Inhalt der Leitlinien?
67. Abgeordneter
**Paul
Breuer**
(CDU/CSU)
- Wie ist der Stellenwert dieser Leitlinien einzuordnen, wenn doch die sogenannte „Kommission zur Zukunft der Bundeswehr“ nach wiederholtem Bekunden aus den Reihen der Bundesregierung angeblich „ergebnisoffen“ und ohne Vorgaben tagen soll?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

- | | |
|--|--|
| 68. Abgeordneter
Dr. Klaus
Rose
(CDU/CSU) | Wann beabsichtigt die Bundesregierung beim Thema „Kur“ die Regeldauer von drei auf vier Wochen, das Kur-Intervall von vier auf drei Jahre und den Zuschuß bei der Offenen Badekur in angemessener Höhe zu verändern? |
| 69. Abgeordneter
Dr. Klaus
Rose
(CDU/CSU) | Wie viele zusätzliche Arbeitsplätze erwartet die Bundesregierung durch eine derartige Änderung der Gesetzeslage in den verschiedenen Kur-Regionen Deutschlands? |
| 70. Abgeordnete
Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger
(F.D.P.) | Wie viele Mittel hat die Bundesregierung im Haushalt 1999 für Anti-Drogen-Kampagnen vorgesehen? |
| 71. Abgeordneter
Jürgen
Koppelin
(F.D.P.) | Treffen Meldungen, z. B. in der FAZ vom 21. Januar 1999, zu, nach denen die Bundesregierung sich nicht mehr an der Anti-Drogen-Kampagne „Keine Macht den Drogen“ beteiligen wird, und welche Gründe waren dafür maßgebend? |
| 72. Abgeordneter
Jürgen
Koppelin
(F.D.P.) | In welcher Form wird sich die Bundesregierung zukünftig an Anti-Drogen-Kampagnen beteiligen? |
| 73. Abgeordnete
Dr. Sabine
Bergmann-Pohl
(CDU/CSU) | Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung im Rahmen der Suchtprävention, und welche finanziellen Mittel werden im Haushalt dafür eingestellt? |
| 74. Abgeordnete
Dr. Sabine
Bergmann-Pohl
(CDU/CSU) | Welche Maßnahmen sind im Rahmen von Therapieangeboten bei Drogenabhängigkeit geplant, und welche finanziellen Mittel werden dafür bereitgestellt? |

75. Abgeordneter
Hubert Hüppe
(CDU/CSU)
- Welchen Stellenwert mißt die Bundesregierung angesichts der Äußerungen der neuen Beauftragten der Bundesregierung für Drogenfragen, Christa Nickels, ein „akzeptierendes Klima“ gegenüber der Drogensucht zu schaffen, der Primärprävention und dem Ziel der Drogenfreiheit zu?
76. Abgeordneter
Hubert Hüppe
(CDU/CSU)
- Inwieweit werden angesichts der angekündigten Modellversuche zur Herionabgabe von der Bundesregierung zusätzliche Mittel in den Haushalt aufgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

77. Abgeordneter
Norbert Röttgen
(CDU/CSU)
- Hält die neue Bundesregierung an der Realisierung der B 56 n (Siebengebirgsentlastung und Venusbergtunnel) fest, und in welcher Form beabsichtigt die Bundesregierung, auf das Land Nordrhein-Westfalen einzuwirken, damit die Umweltverträglichkeitsstudien endlich zum Abschluß gebracht werden?
78. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Wie ist der Stand der Verhandlungen mit der französischen Regierung über den Neubau einer Eisenbahnbrücke zwischen Kehl und Straßburg im Rahmen des Projektes TGV-Ost (TGV: Train à Grand Vitesse)?
79. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Ist die Planung, die bauliche Umsetzung und die Finanzierung der Anschlußstrecke Straßburg/Kehl/Appenweier so rechtzeitig sichergestellt, daß auf deutscher Seite die Abnahme des TGV-Ost zeitgleich mit dessen Inbetriebnahme erfolgen kann?
80. Abgeordneter
Hans-Joachim Otto
(**Frankfurt**)
(F.D.P.)
- Befürwortet die Bundesregierung das „Projekt Frankfurt 21“, also den Bau eines Fernbahntunnels unter der Frankfurter Innenstadt?

- 81. Abgeordneter
Klaus
Haupt
(F.D.P.)**
- Welchen Einfluß kann die Bundesregierung in ihrer Verantwortung für die Schieneninfrastruktur-Bedarfsplanung auf Entscheidungen der DB Netz AG zur Organisation der Schieneninfrastrukturplanung nehmen, und welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung auf Vorhaben der DB Netz AG wie die Zentralisierung der Projek- und Realisierungszentren (NPZ) der DB Netz AG am Standort Leipzig Einfluß zu nehmen?
- 82. Abgeordneter
Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)**
- Welche Schritte plant die Bundesregierung vor dem Hintergrund der „Pallas“-Havarie zu ergreifen, um Folgen durch Schiffsunglücke für empfindsame Öko-Systeme wie das schleswig-holsteinische Wattenmeer zukünftig zu vermeiden, und wie beurteilt sie in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer nationalen Küstenwache, welche die landes- und bundeseigenen Polizei- und Küstenschutzeinheiten nach dem Vorbild der US-amerikanischen „Coast guard“ unter einer einheitlichen Leitung zusammenfaßt und damit etwaige föderale Kompetenzüberschneidungen überwindet?
- 83. Abgeordneter
Siegfried
Helias
(CDU/CSU)**
- Wurden die Mitarbeiter der Bundesministerien mit erstem Dienstsitz in Bonn darüber informiert, daß es Überlegungen gibt, den Anteil der Beschäftigten, die trotzdem nach Berlin wechseln sollen, auf bis zu 25% anzuheben?
- 84. Abgeordneter
Siegfried
Helias
(CDU/CSU)**
- Gibt es seitens der Bundesregierung Berechnungen, den Anteil der Mitarbeiter aus den Bundesministerien mit zweitem Dienstsitz in Bonn, die in Bonn bleiben sollen, zu reduzieren?
- 85. Abgeordneter
Norbert
Röttgen
(CDU/CSU)**
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung in dem Fall, daß aus den Bundesministerien mit erstem Dienstsitz in Bonn bis zu 25% der Mitarbeiter nach Berlin wechseln müssen, den Arbeitsplatzverlust für Bonn gegenüber früheren Plänen ein, und hat die Bundesregierung für einen solchen Verlust Ausgleichsmaßnahmen zugunsten von Bonn vorgesehen?

86. Abgeordneter
Norbert
Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU)

Gibt es einen Beschluß der Bundesregierung, daß die Anzahl der Mitarbeiter derjenigen Bundesministerien, die ihren ersten Dienstsitz gemäß Berlin-Bonn-Gesetz in Bonn behalten, wegen der Präsenz der Ministerien in der Bundeshauptstadt nach Berlin wechseln müssen, von ursprünglich 10 auf bis zu 25% gesteigert werden kann?

87. Abgeordneter
Norbert
Hauser
(Bonn)
(CDU/CSU)

Gibt es Berechnungen oder Gutachten, aus denen sich ergibt, daß die Anzahl der Mitarbeiter dieser Bundesministerien zur Herstellung der Arbeitsfähigkeit in Berlin gesteigert werden muß?

Bonn, den 22. Januar 1999